

Herausgegeben vom Südost-

Institut



Südost- europa

56. Jahrgang 2008

auch sie Nachhol- und Korrekturbedarf konstatieren, sei die Lage insgesamt „um einiges besser und hoffnungsvoller, als gemeinhin unterstellt wird“ (258). Für die unterschiedlichen Rechtsbereiche werden informative Zwischenbilanzen entwickelt.

Auf die Notwendigkeit einer perspektivischen Annäherung der europäischen Politik an jenes „schwarze Loch in Europa“ (142) verweisen angesichts vergangener Fehlschläge explizit insbesondere die Autoren aus Serbien (119, 231, 320f.). Insgesamt greift der Band eine breite Palette der in der wissenschaftlichen Literatur verbreiteten Erklärungsstrategien auf. Gerade durch ihre Heterogenität vermitteln die Beiträge einen vielseitigen, auf aktuelle Entwicklungen bezogenen Eindruck der komplexen politischen Hintergründe des Jugoslawienkonflikts und der Verfasstheit der serbischen Gesellschaft.

Daniel Šuber (Konstanz)

Christophe SOLIOZ, *Turning Points in Post-War Bosnia. Ownership Process and European Integration*. Baden-Baden: Nomos 2007, 2. Auflage, 171 S., ISBN 978-3-8329-2513-0, € 34,00

Der bosnisch-herzegowinische Staat befindet sich derzeit in einer der schwersten Krisen seit der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens Ende 1995. Der im Wahlkampf begonnene nationalistische Paarlauf zwischen Milorad Dodik und Haris Silajđić lähmt seit 2006 jede Entwicklung und zeigt schonungslos die Mängel der auf ethnischen Kriterien basierenden Konkordanzdemokratie auf. Die internationale Gemeinschaft scheint dem bosnischen Treiben ratlos zuzusehen. Ihr ehemaliger Hoher Repräsentant, Miroslav Lajčák, verglich das Verhältnis zwischen der Republika Srpska und der Föderation mit jenem zwischen der Slowakei und Tschechien bzw. Serbien

und Montenegro kurz vor der jeweiligen staatlichen Trennung.

Angesichts der im Jahr 2008 keinesfalls positiven Bilanz stellt sich die Frage nach den Gründen für die Stagnation Bosnien-Herzegowinas, vor allem aber auch danach, was in den Jahren seit Dayton falsch gemacht wurde. Das im Jahr 2007 in der 2. Auflage erschienene Buch des Generalsekretärs des Center for European Integration Strategies in Genf, Christophe Solioz, bietet, um konstruktive Kritik bemüht, Erklärungen für den schwierigen Transformations- und Demokratisierungsprozess Bosnien-Herzegowinas seit dem Kriegsende.

Solioz thematisiert in fünf größeren Essays die Schwächen im Aufbauprozess bosnischer Staatlichkeit und stellt die Frage nach dem Einfluss der Europäisierung. Eingangs konturiert er, basierend auf einer kenntnisreichen Diskussion internationaler und regionaler Quellen, klar die Schwäche des bosnischen Staatsgebildes. Die Komplexität und Spezifität des bosnischen Transformations- und Demokratisierungsprozesses, so Solioz im ersten Essay, zeichne sich vor allem durch die zwingende Gleichzeitigkeit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels aus. Diesem „Dilemma der Gleichzeitigkeiten“ (Claus Offe) sei noch eine vierte Dimension des Wandels, jener von einer Kriegs- zu einer Friedensgesellschaft, hinzuzufügen. Europäisierungsrezepte, die in Ostmitteleuropa anwendbar waren, griffen in einer Nachkriegsgesellschaft wie der bosnischen nicht. Demokratisierung dürfe nicht als ein linearer Prozess betrachtet werden und externe Demokratieförderung müsse viel stärker die spezifische Situation vor Ort beachten.

Im zweiten und argumentativ überzeugendsten Essay exemplifiziert Solioz die letztgenannte Forderung in einer systematischen Analyse der informellen Netzwerke und sozialen Beziehungen in Post-Dayton-Bosnien. Es wird deutlich:

Solange der Staat in der Lage war, einen stabilen politischen Rahmen zu garantieren, funktionierte auch die spezifische bosnische Art der sozialen Regelung des Alltags durch nachbarschaftliche Netzwerke („komšiluk“) gut. In Zeiten rapiden Verlustes politischer Steuerungsfähigkeit und sozioökonomischer Krisen Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre verkehrte sich das Konzept des „komšiluk“ in sein Gegenteil. Die ethnonationale Mobilisierung schürte Ängste vor den Nachbarn und versprach Halt und Heil innerhalb des exklusiv definierten nationalen Kollektivs. Damals habe sich, wie Solioz überzeugend ausführt, der Charakter der bosnischen sozialen Netzwerke gewandelt: Parteiseilschaften entlang ethnonationaler Grenzen, religiöse Gemeinschaften sowie kriminelle und nepotistische Wirtschaftsstrukturen hätten vielfach die überkommenen lokalen Netzwerke verdrängt. Solioz plädiert für eine stärkere staatliche Kontrolle solcher exklusiv angelegter Netzwerkstrukturen und für eine Stärkung jener privaten und öffentlichen Sphären, die das historische soziale Kapital Bosniens und dessen integrative Kraft zu nutzen verstünden.

Die übrigen drei Essays konzentrieren sich auf die zentralen Herausforderungen für die externen Akteure im bosnischen Friedensprozess. Solioz verweist zunächst auf grundlegende Fehler der internationalen Staatengemeinschaft, die zur Entwicklung eines Abhängigkeitssyndroms in der bosnischen Politik und der Bevölkerung geführt hätten. Faktoren wie falsches Management, Koordinations- und Kommunikationsprobleme zwischen den internationalen Institutionen sowie mangelndes beziehungsweise nicht immer treffsicheres wirtschaftliches Engagement hätten zusammen mit dem Dayton-Abkommen inhärenten Schwächen zu einem wenig effizienten Staatsbildungsprozess geführt. Wenn Solioz schreibt, Bosnien habe sich 2005 in einer grauen Zone zwischen einer

Demokratie und einem autoritären Regime mit schwacher sozioökonomischer Performanz und teils korrupten, teils inkompetenten Eliten befunden (S. 105), bilanziert er sowohl das Wirken der internationalen Gemeinschaft als auch der lokalen politischen Kräfte ausgesprochen negativ.

Der seit 2000 begonnene Prozess der Europäisierung hat sich zwar auch in Bosnien inzwischen zu einem zentralen politischen Topos entwickelt. Solioz dokumentiert den Verlauf dieses Prozesses bis 2005 und stellt fest, der entscheidende Schritt von Dayton nach Brüssel sei noch nicht vollzogen. Trotz dieses sehr langsamen Reformtempos und trotz der Erweiterungsmüdigkeit innerhalb der EU – Solioz analysiert im letzten Teil des Buchs sehr kritisch die Versäumnisse und Grenzen europäischer Politik – gebe es aber auch für Bosnien keine Alternative.

Die Lektüre des Buchs von Christophe Solioz trägt zum besseren Verständnis einiger Muster im überaus komplexen bosnischen Mosaik bei. Auch wenn die negative Dynamik der Ereignisse seit 2006 in der Neuauflage nicht nachgetragen wurde, sind hier viele jener Mechanismen präzise herausgearbeitet, die die Schwierigkeiten gerade der jüngsten Zeit besser verstehen lassen. Solioz verweist auf mögliche Pfade aus der Krise und fordert eindringlich, die bosnischen Bürger möchten das Schicksal ihres Landes den korrupten und selbstgefälligen ethnonationalen Eliten entreißen und in die eigenen Hände nehmen. Offen bleiben muss, ob die EU angesichts ihrer internen Krise und der daraus folgenden Erweiterungslethargie die Entschlossenheit und die Energie aufzubringen vermag, die Beitrittsperspektive Bosniens in ernstzunehmender Weise zu unterstützen. Andererseits stellt sich aber auch die Frage, ob die frustrierte, von den Enttäuschungen der Post-Dayton-Jahre gezeichnete Bevölkerung genügend Mut und Reserven aufzubringen vermag für die dringend not-

wendige Veränderung der soziopolitischen Parameter des heutigen Bosnien.

Vedran Džihic (Wien)

Thorsten GROMES, Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina. Frankfurt/New York: Campus Verlag 2007 (Schriftenreihe der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 56). 449 S., ISBN 978-3-593-38556-3, € 49,00

Nina WICHMANN, Democratisation Without Societal Participation? The European Union as an External Actor in the Democratisation Processes of Serbia and Croatia. Münster u. a.: Lit Verlag 2007 (Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas, Bd. 5). 296 S., ISBN 978-3-8258-9883-0, € 29,90

Aus unterschiedlicher Perspektive untersuchen der Frankfurter Politologe Thorsten Gromes und die Bremer Politologin Nina Wichmann Demokratisierungsstrategien in Bosnien-Herzegowina einerseits, in Serbien und Kroatien andererseits.

Gromes stellt seiner empirischen Untersuchung der Demokratisierungsbestrebungen in der von ethnischen Konflikten geprägten bosnisch-herzegowinischen Nachkriegsgesellschaft eine gut lesbare theoretische Einführung in das Forschungsthema voran. Er diskutiert Fragestellungen und Befunde der Demokratisierungs- und Friedenskonsolidierungsforschung, legt Potentiale und auch Risiken von Demokratisierungsbestrebungen insbesondere für die Konsolidierung innerstaatlichen Friedens dar und stellt auch die Frage nach Alternativen. Im empirischen Teil analysiert Gromes die Versuche, demokratische Strukturen und Mechanismen mit den Bedingungen der ethnisch gespaltenen bosnischen Nachbürgerkriegsgesellschaft kompatibel zu machen. Während die meisten

Studien sich auf das reichhaltige Material der internationalen Organisationen und Gruppen beschränken, zeichnet Gromes sich durch die Hinzuziehung nahezu der gesamten sozial- und politikwissenschaftlichen Produktion in Bosnien-Herzegowina selbst aus. Zudem hat er mehrere Dutzend Interviews mit relevanten Vertretern des politischen Systems geführt. Er analysiert alle sieben (lokalen und/oder allgemeinen) Wahlen seit 1996, die Arbeit der staatlichen Institutionen, insbesondere des Parlaments, der Präsidentschaft und des Ministerrates, die internationale Friedensmission sowie die Reformbestrebungen in den unterschiedlichen Politikfeldern und liefert wie nebenbei auch eine solide allgemeine Einführung in das politische System Bosnien-Herzegowinas seit 1996.

Nina Wichmann untersucht Demokratisierungsprozesse in zwei weiteren Staaten des ehemaligen Jugoslawien und legt eine Vergleichsstudie zu Serbien und Kroatien vor. Im Gegensatz zu Gromes, der eher an Prozessen innerstaatlicher Demokratisierung interessiert ist, fokussiert Wichmann auf externe Demokratisierungsfaktoren, und zwar auf den Akteur Europäische Union. Im Zentrum stehen die Jahre 2000-2005. Im Vergleich zu Gromes' fundierter Einführung gerät Wichmanns theoretische Konzeptionalisierung eher knapp und konzentriert sich auf Akteure, Systeme, Phasen und Kategorien externer Demokratisierung aus der Perspektive der Europäischen Union. Im empirischen Teil bildet der Umstand, dass von Seiten der EU Demokratisierung als Synonym für Europäisierung verstanden wird, den roten Faden. Die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen – am sichtbarsten in der Förderung von Nichtregierungsorganisationen – geht Hand in Hand mit dem Bestreben, europäische Standards einzuführen, mit den Endzielen EU-Mitgliedschaft sowie stärkere regionale zwischenstaatliche Vernetzung. Unterschiede